

griephan

global security

Homeland
Security



Foto: © Cultura/jf

Das riskante Jahrzehnt

Herausforderungen für die Sicherheit: 2011 bis 2020 werden entscheidende Jahre – für Deutschland und für Europa_Klaus Schweinsberg

Ein neues Jahrzehnt beginnt. Und selten zuvor war es so unklar, was auf uns zukommt. Erwartet uns eine weitere Periode ungeheuren Wohllebens, wie es die aktuellen Wachstumszahlen glauben machen? Oder droht uns eine »lost decade«, wie sie der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman verkündet? Werden wir weiterhin – trotz Terrorismus, Cybercrime, Umweltrisiken – in relativer Sicherheit leben? Oder wird Sicherheit ein zunehmend knappes Gut? Beides ist möglich, eines ist indes sicher: Die Jahre von 2011 bis 2020 werden entscheidende Jahre – für Deutschland und für Europa.

In das zweite Jahrzehnt fallen mit schöner Regelmäßigkeit Ereignisse von großer bis historischer Tragweite. Die Konstanz eines Jahrhunderts bricht. Der Rückblick auf die fünf vergange-

nen Jahrhunderte offenbart die Konstante: 1914 – der Ausbruch des Ersten Weltkriegs; 1815 – die Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress; 1713 – der Start von Preußens Aufstieg zu einer europäischen Großmacht; 1618 – der Beginn des Dreißigjährigen Krieges; 1517 – die Reformation.

Neue Entwicklungen & Unzulänglichkeiten

Wir sind wieder in einer historisch aufgeladenen Dekade angekommen. Auch das 2011 anbrechende Jahrzehnt könnte sich dereinst im Rückblick als Wegscheide erweisen: Neue Entwicklungen in Politik und Ökonomie haben das alte System an seine Leistungsgrenzen gebracht, die überkommenen Maßstäbe und Verhältnisse wackeln, Unzulänglichkeiten brechen an die Oberfläche:

Die aufstrebenden Schwellenländer bringen die globale Hackordnung durcheinander. Die reifen Industrieländer sind in der Defensive, verteidigen zäh ihren Platz an der Spitze. Gleichzeitig verstärkt der rasant wachsende Ressourcenbedarf die Spannungen in der globalen Machttektonik. Im Innern blockieren verfestigte Interessen die Entscheidungsfähigkeit des politischen Systems.

Bis vor wenigen Jahren schien es unserer Generation unvorstellbar, dass es in der Europäischen Union je wieder zu Gewalt und bewaffneten Konflikten kommen könnte. Dieses Glaubens sehen wir uns dieser Tage schmerzlich beraubt. Die Vorstellung vom ewigen Frieden entpuppt sich als Illusion. Und zwar nicht nur wegen der nun offenkundigen terroristischen Bedrohung. Sondern auch wegen der vielen Schwelbrände in EU-Staaten und auch zwischen EU-Staaten. Erstmals seit dem Gründungsakt 1957 werden in der Europäischen Union – horribile dictu – von einzelnen Staaten wieder offen territoriale Grenzen hinterfragt.

In so gut wie allen EU-Staaten haben es Rechtsextreme in die Parlamente, teilweise sogar in die Regierung geschafft. Damit steigt das Risiko nationalistischer

Inhalt

Info Checkpoint der Zukunft	3
Compact Kaleidoskop	4
Critical Infrastructure Ein Recht auf Sicherheit	6
Global Flow Information Integrity Due Diligence	8
Service Media	10
Mailbox IABG	11

Homeland Security ist Dienst am Bürger!

Sicherheitskontrollen an Flughäfen ist man hilflos ausgeliefert. Dies ist nicht mein Verständnis vom mündigen Bürger. Als Steuerzahler habe ich Anspruch darauf, so unaufdringlich und respektvoll wie mög-

lich behandelt zu werden, ohne dass die Sicherheit darunter leidet. Dies ist keine Quadratur des Kreises, sondern ein Bürgerrecht auf das Setzen von Prioritäten.



Dies vorausgeschickt haben wir mit großem Interesse ein neues Passagierkontrollsystem zur Kenntnis genommen (siehe gegenüberliegende Seite): Der »Checkpoint der Zukunft« besteht aus drei zehn Meter langen Röhren mit unterschiedlich intensiven Sicherheitskontrollen für Vielflieger, die ihre Daten hinterlegt haben, Passagiere, die als »normales Risiko« eingestuft worden sind, und »Risiko-Passagiere«, die aufmerksamer unter die Lupe genommen werden.

Schon melden sich Gutmenschen, die von nicht hinnehmbarer Diskriminierung reden. Die sicherheitserfahrenen Israelis nennen dies nüchtern »Profiling«. Unsere Haltung ist frei von Zweifel: Alles was der unaufgeregten und schnellen Kontrolle des Bürgers am Flughafen dient, ist umgehend einzuführen. Da internationale Flughäfen vom Wettbewerb leben, wird sich das »Drei-Tunnel-System« durchsetzen – je schneller, desto besser.

Heinz Schulte
Chefredakteur Griephan
ggs@dvvmedia.com

scher Provokation. Und damit steigt das Risiko von – im Zweifel bewaffneten – Konflikten.

Der neue Rechtspopulismus birgt viele Gefahren. Eine der größten ist, dass er in kurzer Zeit zu einem grundlegenden Perspektivenwechsel führt. Denn er fokussiert das Anderssein, schärft die Sinne für Identitäten und streicht die Unterschiede zwischen »wir« und »ihr« heraus. Da die Rechtspopulisten in vielen EU-Staaten bereits zu einer politisch relevanten Kraft geworden sind, müssen dort auch die bisher tonangebenden EU-gewogenen Parteien die neuen Anliegen aufnehmen.

Extremismus

Angeichts der wachsenden antieuropäischen Stimmung in vielen Ländern ist Stillstand in der EU in den nächsten Jahren schon die bestmögliche Aussicht. Denn das Erstarken der Rechtsradikalen wird den zentrifugalen Kräften in Europa zusätzliche Dynamik verleihen. Und es gibt ernst zu nehmende Stimmen, die sogar den Zerfall der EU befürchten. Etwa der spanische Schriftsteller Jorge Semprun. Seiner

»Als Turbo dürfte das Erstarken extremistischer Kräfte im Lager der Migranten wirken.«

Einschätzung nach steckt Europa in einer tiefen Ideologiekrisis. Denn die Geisteshaltung, die Orientierung an der antiken Vernunft und der Demokratie, worauf Europa errichtet sei, verliere an Rückhalt. Die nationale Logik triumphiere allüberall. Die notwendigen Sparmaßnahmen könnten dem um sich greifenden Populismus sogar ein ultranationalistisches Antlitz verleihen.

Als Turbo in dieser Entwicklung dürfte das Erstarken extremistischer Kräfte im Lager der Migranten wirken. Je stärker sich Migranten – aus Sicht des sogenannten Volksempfindens – danebenbenehmen, desto stärker steigt auch die Sanktionsbereitschaft gegenüber ihnen. Wie nervös die Politiker in diesem Punkt auch hierzulande inzwischen sind, zeigte der Vorschlag eines ansonsten durchaus ernst zu nehmenden CDU-Verteidigungspolitikers, in Deutschland schnellstmöglich Milizen aufzustellen.

Eskalierend wirkt natürlich jeder terroristische Akt, der den Muslimen zugeschrieben wird. Dem gegenseitigen Hochschaukeln zwischen staatlicher Gewalt und terroristischer Gewalt dürfte dann kaum zu stoppen sein. Diesbezüglich befindet sich Europa derzeit jedenfalls auf einem gefährlichen Pfad. Zu allem Überfluss zündeln in dieser finanzpolitisch wie sicherheitspolitisch ohnehin prekären Zeit einige europäische Regierungen, indem sie territoriale Fragen neu stellen, die eigentlich gelöst geglaubt sind. Etwa die in Budapest. Auch wenn die Regierungspartei ihre Ankündigung – noch – nicht wahrgemacht hat, die vielen Auslandsungarn in Rumänien und in der Slowakei automatisch mit ungarischen Pässen auszustatten: Solche von den Nachbarn als Drohung empfundenen Absichten vergiften die Atmosphäre und destabilisieren die Region. Weitgehend unbenutzt blieb ein Vorfall an der Grenze zwischen Ungarn und der Slowakei, als Letztere den ungarischen Staatspräsidenten nicht einreisen lassen wollte. Hinzu kommen Streitigkeiten zwischen Slowenien und dem wahrscheinlich nächsten EU-Mitglied Kroatien um den freien Zugang zum Meer. Kroatien

liegt auch mit Serbien im Grenzstreit – mit dem Land, das als Erbe Jugoslawiens aus den Balkankriegen der 1990er als Verlierer hervorgegangen ist und die territoriale Neuordnung dezidiert ablehnt.

In Europa gibt es allen Grund zur Sorge: In den genannten Staaten und in Landesteilen mit sehr hohen Migrantenanteilen, wie zum Beispiel im Süden Frankreichs, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es in den nächsten Jahren zu Kurzschlusshandlungen kommt, die bewaffnete Konflikte nach sich ziehen. Insbesondere wenn eine Regierung eines Staates, der unter seiner wirtschaftlichen Schwäche leidet, der Bevölkerung Stärke demonstrieren will.

Prof. Dr. Klaus Schweinsberg

Leiter des Centrums für Strategie und Höhere Führung. Er ist Autor von »Sind wir noch zu retten? Warum Staat, Markt und Gesellschaft auf einen Systemkollaps zusteuern«.